

Kirchenaustritt.

In der letzten Zeit hat sich unter den Arbeitern eine lebhafteste Bewegung für den Austritt aus der Kirche entwickelt, und infolgedessen hat auch eine Diskussion der Frage angefangen, wie sich die Partei demgegenüber zu verhalten habe. Schon seit mehreren Jahren fordern die proletarischen Freidenker die Arbeiter auf, die Konsequenzen ihrer freien, wissenschaftlichen und sozialistischen Auffassungen zu ziehen und der Kirche den Rücken zu kehren, während auch bürgerliche Gelehrte aus dem Monistenbund, wie Wilhelm Ostwald, dafür Propaganda machen. In der letzten Zeit ist unter der Führung Liebknechts noch eine Propaganda für den Kirchenaustritt hinzugekommen, die aus politischen Gründen handelt, die die Staatskirche als Organ des Staates treffen will und daher die Proletarier auffordert, als Kampf-methode gegen diese Herrschaftsorganisation ihr mit der Mitgliedschaft zugleich die Beiträge, die Kirchensteuern, zu entziehen. Genosse Göhre weist in der Neuen Zeit darauf hin, daß alle Kustsch vorhanden ist, daß der Kirchenaustritt zu einer Massenerscheinung wird und daß deshalb die Partei nicht umhin kann, sich damit zu befassen.

Um die Frage zu beantworten, wie die Partei sich dazu zu stellen hat, muß man sich zuerst über die Grundursache klar sein, die in diesem Kirchenaustritt zugrunde liegt. In dem Proletariat verschwindet allmählich die Religion, der Glaube an eine übernatürliche Macht, die die Welt regiert. In das Leben des Arbeiters greifen keine ihm unerklärliche Gewalten ein; die großen gewaltigen Kräfte, die sein Schicksal bestimmen, sind gesellschaftliche Wirkungen, deren Wesen und Ursprung durchaus verständlich sind. In der Praxis seines Lebens und seines Kampfes hat er immer mit handgreiflichen Dingen zu tun, mit Kapital, Konkurrenz, Krise, Koalition, und darin bewegt sich sein Denken. Dabei handelt es sich nur bei den Unvollkommenheiten, bei einer Minderheit, um die bewusste Einsicht, daß die wissenschaftliche Erkenntnis der Welt für das Übernatürliche keinen Raum mehr läßt. Für die meisten ist der religiöse Glaube, den sie als Tradition aus Schule und Elternhaus mitgebracht haben, einfach außer Gebrauch gesetzt; er findet in ihrer Praxis nirgends Anwendung, und so verkümmert er allmählich wie auch ein Körperorgan durch Nichtgebrauch verkümmert. Die Religionslosigkeit des Proletariats ist also für die Massen noch keine fertige Tatsache, sondern ein Prozeß des Erlöschens traditioneller Anschauungen, noch keine bewusste Theorie, sondern unbenutzte Praxis. Erst wenn der Prozeß durch Selbstverständigung zum Abschluß gekommen ist und die Religionslosigkeit zur Theorie, zur fertigen Tatsache wird, und wenn die Arbeiter dann zugleich sehen, wie die Religionsgemeinschaft, die Kirche, sich im gesellschaftlichen Kampf gegen sie wendet, werden sie, als Konsequenz ihrer neuen Anschauung, die Kirche verlassen.

Hier liegt der Grund, weshalb von den Massen, die dem Materialismus, dieser neuen materialistischen Weltanschauung anhängen, doch erst eine dünne Schicht zum Kirchenaustritt gekommen ist. Zum Teil spielen hier sicher noch erbahene Rücksichten auf Verwandte, auf den Schein kleinbürgerlicher Anständigkeit, auf das Fortkommen der Kinder und dergleichen mit. Daneben kommt auch die einfache Gleichgültigkeit stark in Betracht; bei sehr vielen spielen Religion und Kirche überhaupt keine Rolle, sie denken nie darüber nach und können deshalb auch nicht zu einer Tat, die einige Scheinereien mit sich bringen würde. Aber zugleich wirkt dabei die theoretische Unklarheit mit; obgleich praktisch die Religion in ihrem Leben keine Rolle mehr spielt, fühlen sie sich doch nicht ganz sicher; man kann doch nie wissen — und deshalb scheuen sie sich, die Tür vollends hinter sich zumachen. Wenn die Freidenker diejenigen, die innerlich mit der Religion gebrochen haben, auffordern, nun auch aus der Kirche auszutreten, wird sicher keiner etwas dagegen haben können; in dieser Forderung liegt aber nichts speziell sozialistisches, und die Partei selbst hat damit nichts zu tun. Anders steht es mit der Forderung des politischen Kirchenaustritts; denn sie tritt als ein Teil des politischen Kampfes auf, der das unmittelbare Aktionsgebiet der Partei bildet.

Allerdings ist dort, wo diese Bewegung die Massen ergreift, nur teilweise das politische Moment selbst bestimmend; ihre Erfolge stammen daher, daß in den Massen schon eine starke Religionslosigkeit vorhanden war, die nur auf einen Stoß wartete, um zur Tat zu schreiten. Aber die Forderung wird an alle Proletarier gerichtet, auch an diejenigen, die noch religiös sind; ist da ein massenhafter Kirchenaustritt möglich und nützlich? Die Geschichte kennt viele Beispiele solcher Massenaustritte aus den offiziellen Kirchen bei tiefer religiösen Massen; in früheren Jahrhunderten war sie oft die Form, in der kleinbäuerliche und kleinbürgerliche Schichten ihre politische Gegnerschaft zu den herrschenden Gewalten zum Ausdruck brachten. Ihnen fehlte eine andere Aktionsmöglichkeit; daher konnte die gesellschaftliche Opposition nur die Form der kirchlichen Trennung annehmen. Aber das heutige Proletariat braucht auf solche überlebten Formen des Proletariats nicht zurückzugreifen; es hat unendlich wirksamere Kampfmethoden, die die feindliche Gewalt, Kapital und Staat, direkt ins Herz treffen es findet seine Kraft in der Klarheit seiner Ziele und braucht sich nicht auf Seitenwege zu begeben.

Denn ein Seitenweg wäre die Organisation des politischen Massenaustritts aus der Landeskirche. Die Kirche kommt als Machtmittel des Staats kaum in Betracht. In der katholischen Kirche, die als selbständige Macht ebenfalls neben dem Staat steht, liegt sicher eine gewaltige Macht der heutigen Ordnung; aber von ihrer selbstgewurzelt organisierten Kraft bilden die Landeskirchen nur einen faden Abstrich.

Diese sind kraftlose Gebilde, völlig vom Staat abhängig, der ihnen die Steuern eintreibt. Daher sind sie auch nicht auszuheuern, denn mögen noch so viele austreten, der Staat kann mit seinem Gelde Pastoren und Gotteshäuser erhalten, soviel er will. Und der Macht des Staats wird durch diesen Kirchenaustritt kaum ein Haar gekrümmt.

Wird aber vielleicht die Macht des Proletariats dadurch größer? Der politische Kirchenaustritt bedeutet als notwendige Konsequenz, daß die Austretenden sich zu einer neuen freien Kirche, zu einer andern Religionsgemeinschaft zusammenschließen, denn es handelt sich ja um Personen, die, wie man gewöhnlich sagt, noch religiöse Bedürfnisse haben. Darin liegt schon enthalten, daß die Partei ihre Mitglieder nicht zum politischen Austritt aus der Kirche auffordern kann; denn dann müßte sie für die Ausgetretenen eine eigene Religionsgemeinschaft gründen, oder sie auf eine solche verweisen, und damit für bestimmte Kirchen gegen andre Stellung nehmen; hier liegt der Widerspruch für jeden offen zugrunde. Aber auch sonst wird wohl keiner behaupten, daß freireligiöse Predigten die Arbeiter stärker im Kampfe machen; eher wird die verschwommene Gefühlswelt, die die klare wissenschaftliche Erkenntnis hemmt, schwächend wirken. Ueberhaupt muß die Agitation für den Kirchenaustritt dahin wirken, daß die Aufmerksamkeit der Arbeiter wieder auf die religiösen Fragen gerichtet und damit von den großen entscheidenden Kämpfen der Gesellschaft abgelenkt wird.

Genosse Göhre steht darin einen Vorteil; er wünscht sogar, daß die Partei bei den Mitgliedern darauf drängt, daß sie in allen religiösen und kirchlichen Angelegenheiten klare Entscheidungen treffen, und sich darin aktiv beteiligen. Aber in Wirklichkeit bedeutet die Gleichgültigkeit der Arbeitermassen gegenüber diesen Fragen eine viel höhere Stufe der Entwicklung. Sie ist der Ausdruck einer materialistischen Weltanschauung, zwar noch nicht eines theoretischen, aber doch eines praktischen Materialismus. Für den Materialisten bestehen die religiösen Fragen, über die Atheisten und Theisten, Freidenker, Orthodoxe und Freireligiöse miteinander streiten, einfach nicht; er ist, wie Engels einmal sagte, nicht gegen die Religion, sondern er ist mit der Religion fertig. Er denkt nur über die wirkliche Welt, sieht und sucht nur wirkliche Kräfte, die da wirken. Was daneben an altem Formelkram in den Köpfen der Arbeiter steht, bedeutet eine theoretische Unklarheit, die auf die Praxis des Lebens keinen Einfluß ausübt. Sie aus dieser Gleichgültigkeit herauszuholen und sie zur Stellungnahme zwingen, das Interesse für religiöse Fragen wachrufen, bedeutet den Geist wieder mit abstrakten Spintfereien füllen und alte im Sterben liegende Gespenster heraufbeschwören, wäre also ein Rückschritt. Gewiß ist auch theoretische Klärung nötig; aber eine wirkliche Klärung der tiefsten Lebensfragen kann nicht durch die Wiederbelebung überholter Denkformen, sondern nur durch das Zuführen positiver wissenschaftlicher Kenntnisse stattfinden.

Daß die Partei sich bei all solchen Bewegungen zurückhält und ihre Neutralität betont, wird oft als eine ängstliche Selbstbeschränkung auf das politisch-ökonomische Gebiet angesehen, die einer solchen kulturumwälzenden Weltbewegung nicht ziemt. Es ist aber umgekehrt; die Größe einer weltbewegenden Massenbewegung läßt sich in einem abstrakten Gedankensystem nicht erschöpfen. Die Ideen der Menschen wachsen als Blüten an dem Baum der materiellen Weltentwicklung; sie entwickeln sich in den Menschenköpfen in vielgestaltiger Weise durch einen Prozeß, der seine Säfte aus der Realität des Lebens saugt. Die Partei kann deshalb keine abstrakte Weltanschauung eintrichtern; sie kann darin keine Stellung nehmen; aber sie tut viel mehr und besseres. Sie führt den Arbeitern die Bildungselemente, das positive Wissen zu, das aller Weltanschauung zugrunde liegen muß, und zugleich gestaltet sie durch ihre eigene Praxis und ihre Theorie am mächtigsten die allgemeinen Ideen des Proletariats um.

Reichstag.

101. Sitzung. Freitag, 16. Januar, nachmittags 1 Uhr. Am Bundesratsbische: Kühn.

Kurze Anfragen.

Abg. Hofrichter (Soz.) fragt, ob dem Reichskanzler bekannt sei, daß dem jungen Mann Walter Stöder in Köln der Berechtigungschein für den einjährig-freiwilligen Militärdienst mit der Begründung entzogen sei, daß Stöder sich als Sozialdemokrat „in besonderer Weise im staatsfeindlichen Sinne agitatorisch betätigt“ habe, und ob der Reichskanzler gewillt ist, den Geschädigten wieder in den Besitz der ordnungsmäßig erworbenen Berechtigung zu bringen.

Generalmajor Wild v. Söhenborn: Die Angelegenheit unterliegt noch der Prüfung im Verwaltungswege; die Beantwortung der Anfrage kann daher zurzeit nicht erfolgen.

Abg. Dr. Trendel (Zentr.) fragt, ob es richtig ist, daß große Mengen von Gerste aus Rußland fälschlich unter der Bezeichnung „Jutergerste“ zu einem niedrigeren Zollfuß als Malz und Braugerste eingeführt worden sei, und welche Maßnahmen der Reichskanzler gegen solche Umgehungen der höheren Verzollung zu ergreifen gedenke.

Ein Kommissar aus dem Reichsdienst des Innern erwidert, daß von solchen Umgehungen der höheren Verzollung der Regierung nichts bekannt und daß sie auch nicht wahrscheinlich sei.

Es folgt die Beratung des schleunigen, von den Konservativen, der Reichspartei, dem Zentrum und den Nationalliberalen eingebrachten Antrages, die Frist zur Abgabe der Vermögensverklärung für den Wehrbeitrag bis zum Februar zu verlängern, und zu den in der Dessenlichkeit geltend gemachten Zweifelsfragen über den Inhalt des Gesetzes und der Ausführungsbestimmungen durch Mitteilung an den Reichstag Stellung zu nehmen.

Abg. Erzberger (Zentr.): Der Wunsch nach Verlängerung der Frist ist durchaus berechtigt, da vor dem 31. Januar viele Geschäfte

ihre Bilanz gar nicht aufstellen können. Den Leuten, die so große Opfer bringen müssen, sollte man das Zahlen doch etwas gemütlischer machen. Auch der zweite Teil des Antrags ist berechtigt, da über die Auslegung der einzelnen Bestimmungen große Unklarheit herrscht. So wird die Bestimmung, daß derjenige, der seine Vermögensverklärung berichtigt, für die falsche Erklärung in den früheren Jahren von Nachzahlung und Strafe frei sei, in manchen Bezirken von der Steuerbehörde so ausgelegt, daß das Jahr 1913 unter die früheren Jahre nicht fällt. Das spricht doch dem armen Menschenverstand geradezu Lohn. Der Reichsfinanzsekretär sollte eine entgegenkommende Erklärung abgeben, daß diese Bestimmung sehr weitgehend ausgelegt werden soll.

Reichsfinanzsekretär Kühn: Für die Vernehmung der Frist war für den Bundesrat die Entscheidung maßgebend, daß die erste Rate des Wehrbeitrags nicht zu spät eingehen solle, außerdem der Umstand, daß in den Bundesstaaten dieselben Beamten mit der Einschätzung betraut sind, die auch die Einschätzung für die Einkommensteuer auszuführen haben. Eine besondere Härte kann in der Frist, die ja von den Bundesstaaten bis zum 31. Januar ausgedehnt werden kann, nicht erblickt werden, da ja für gewisse Gruppen von Steuerzahlern die Frist bis zum 15. April, in besonderen Fällen bis zum 31. Mai und in Einzelfällen auf Antrag ohne besondere Zeitbeschränkung verlängert werden kann. In bezug auf die Auslegung der einzelnen Bestimmungen werden das letzte Wort ja die richterlichen Behörden haben. Die von Herrn Erzberger angelegene Bestimmung muß meiner Meinung nach so ausgelegt werden, daß derjenige, der seine Vermögensverklärung berichtigt, von Strafe überhaupt frei bleibt; ebenso von jeder Nachzahlung für die früheren Jahre, während aber für das Jahr, in welchem er sich berichtigt, selbstverständlich die Steuer vor dem wirklichen Vermögen zu bezahlen ist.

Abg. Mund (Sp.) und Abg. Rupp (Konf.) treten ebenfalls für den Antrag ein.

Der Antrag wird angenommen.

Hierauf wird die Beratung des Gesetzesentwurfs über die Sonntagsgarantie im Handelsgewerbe fortgesetzt.

Abg. Dr. Quard (Soz.): Bei der getriggen Debatte glichen die Sätze der Regierung einer Wüste, nur zuweilen erschienen einige Bebauungen am Horizont. (Heiterkeit.) (Vizepräsident Paasche rügt den Ausdruck als nicht der Würde des Hauses entsprechend.) Der Würde des Hauses entsprach auch nicht das Verhalten der Regierung bei einer so wichtigen Frage. (Sehr wahr! bei den Soz.) Bei dieser einschneidenden Kulturfrage sind die Angeordneten ganz und gar auf die Sozialdemokraten angewiesen, von allen andern werden sie im Stich gelassen. Alles, was der Entwurf vorschlägt, und zwar nach 20-jährigem Harren der Angestellten, ist eine Verabsicherung der 5 stündigen Sonntagsgarantie um ein ganzes Stündlein. Angesichts dieser Enttäuschung der Angestellten hat ein Vertreter des christlichen Zentrums noch den Mut, jetzt nach 20 Jahren den Zeitpunkt der Einbringung der Vorlage für ungeeignet zu erklären. (Hört, hört! bei den Soz.) Man führt den kleinen Gewerbetreibenden in den Mittelstädten und auf dem Lande an. Soll denn die Gesetzgebung über die Sonntagsgarantie zum Zummelplatz für Mittelstandsretter werden? Die Sozialpolitik kann sich nicht nach den rückständigsten Gewerbetreibenden richten, Sozialpolitik heißt vielmehr Durchsetzung gewisser sanitärer, hygienischer, kulturell notwendiger Maßnahmen, selbst wenn die kleinsten Betriebe darunter leiden, denn der Kreis derer, denen die Wohltaten der Sozialpolitik zugute kommen, ist viel größer und wichtiger. (Zustimmung bei den Soz.) Es ist aber auch gar nicht richtig, daß die kleinen Gewerbetreibenden auf dem Lande durch die Einführung der Sonntagsgarantie ruiniert werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Den Berliner Detailsellen wollen Sie die Sonntagsgarantie nehmen, nicht aber den Arbeitern auf dem Lande. Sie hören nicht, daß durch der Anreiz zur Landflucht noch erheblich verstärkt wird? (Sehr wahr! bei den Soz.) In egerzig-spießbürgerlicher Weise wandte sich Herr Erzberger gegen die Einheitlichkeit der Sonntagsgarantie. Nirgends besteht eine solche Angst vor der kleinen Konkurrenz, als gerade im Handelsgewerbe, und deshalb muß die Gesetzgebung darauf dringen, daß eine Sonntagsgarantie für alle gleichmäßig beschaffen wird, und keine Unterschiede zwischen kleinen und großen Geschäften, zwischen kleinen und großen Orten gemacht werden. Auch der Regelung durch Drittstatut muß ein Riegel vorgeschoben werden, denn von den ordnungsmäßigen Bestimmungen ist ein ungeheurer Mißbrauch gemacht worden; Arbeitszeit bis 7 und 8 Uhr abends ist zahlreich am Sonntag zugelassen worden. Vor allem trifft das in solchen Gemeinden zu, in denen das Dreiklassenwahlrecht besteht, eingeschränkt ist die Sonntagsgarantie besonders in städtischen Gemeinden, wo ein freieres Wahlrecht besteht. Hamburg, das besonders stolz auf seine Unternehmerricht zeigt das kleine kleinliche soziale Milieu wie der letzte Krautstüber. In Hamburg ist die Sonntagsgarantie mit einer Tabelle geregelt, die für die verschiedenen Branchen verschiedene Arbeitszeiten einführt, darunter solche von 2 bis 7 Uhr abends. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Herren, die gegen die Sonntagsgarantie im Interesse des Mittelstandes auftreten, möchte ich fragen, ob sie denn bei den kleinen Kaufleuten auf dem Lande kaufen. (Zuruf rechts: Ja!) Ich bezweifle, daß Herr Dertel seine weißen Westen vom Lande bezieht. (Heiterkeit bei den Soz.) Es ist ja bekannt, daß die Grundbesitzer vornehmlich in den benachbarten Großstädten und vor allem in Berlin kaufen, ihre elegantesten Sachen beziehen sie von noch weiter her, aus Paris. Mit ihrer Freundschaft für die kleinen Leute auf dem Lande ist es also in der Praxis nicht weit her. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Unter den Angestellten geht die Bewegung nicht zur Vermehrung der Sonntagsgarantie, sondern vorwärts zum freien Sonnabend-nachmittag. Je mehr Fortschritte diese Bewegung macht, um so leichter wird es auch dem kleinsten Krämer auf dem Lande sein, die volle Sonntagsgarantie durchzuführen. Hierfür spricht die soziale Entwicklung; statt das anzuerkennen, sieht das Zentrum Herrn Erzberger vor, der gestern eine Art Erwerbsschristentum proklamiert hat. (Hoh! im Zentr., Sehr gut! bei den Soz.) Das ist die neueste Phase in der Sozialpolitik des Zentrums. Freiherr v. Hertling und noch früher Herr v. Schorlemer-Nacht haben sich früher ganz anders geäußert als gestern Herr Erzberger. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch Herr Dr. Hoge hat einen ganz andern Standpunkt eingenommen; für ihn war der Selbststandpunkt nicht maßgebend, er forderte vielmehr größere Reserven von Körperlicher und geistiger Kraft; und physiologischer und sittlicher Gesundheit für die Nation. Herr Erzbergers Haltung ist auch unveränderbar mit den Forderungen des christlich-nationalen Arbeiterkongresses. (Hört, hört! bei den Soz.) Zu behauern sind auch die Angestellten, die sich für den Hausabend haben anwerben lassen und jetzt gegen die Sonntagsgarantie marschieren müssen, unter der Führung des christlichen Zentrumsführers Erzberger. Vielleicht aber läßt sich das Zentrum durch diese christliche Ermahnung (Heiterkeit) doch noch bewegen, das schlimmste aus dem Gesetzesentwurf auszumergen.

Eine Glanzleistung Marie Kramer ist der Grosse Inventur-Ausverkauf Leipzig, Hainstr. 7, nahe am Markt.